

# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“; — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarisches Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“, — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Brandt, Verantw. Red.: Hans A. Harnisch, L. V. Dr. von v. Müller, Hm. Dr. v. Mannskopf werden nur zurückgekauft, wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postvertrags-Nr. Ullstein: AN Dinstadt (A 7) 2000-3085. Für den Fernverkehr AN Dinstadt 3066-3068. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Zena protestiert

### Einnütziger Einspruch der Universität gegen Fritschs Parteiprofessur

Weimar, 27. Mai (W. T. B.)

Wie der Rektor der Universität Zena mitteilt, haben Rektor und Senat der thüringischen Landesuniversität gegen die Berufung des Schriftstellers und Professor Dr. Hans Querster zum ordentlichen Professor der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät durch das Reichsausschussministerium einstimmig Protest eingelegt, da das in der Universitätsfassung verbriefte alte Recht der Universität, bei der Berufung auf die Lehrstühle durch ihre Vorschläge maßgebend mitzuwirken, im vorliegenden Falle durchbrochen worden ist.

Die Professorenfakultät der Universität Zena wehrt sich dagegen, den wissenschaftlichen Ruf dieser deutschen Hochschule dadurch zu kompromittieren, daß einem Mann ein Lehrstuhl eingeräumt wird, dessen Berufung im Dienste einer Partei erfolgen soll. Sie wehrt sich dagegen, daß der Hochschule jeder Mann aufgegeben wird, obwohl er vom Lehrkörper einstimmig abgelehnt wurde.

Sie bitten Kampf um die Unabhängigkeit der deutschen Universitäten und die Hochhaltung des wissenschaftlichen

Niveaus gehören alle deutschen Hochschulen auf die Seite Zenas. Wir werden darauf, daß sie ihre Stimme hören lassen.

## Länderkonferenz ohne Fritsch!

Am Mittwoch früh um 10 Uhr beginnt in Berlin im Reichsausschussministerium die von Dr. Brüch zusammenberufene Länderkonferenz, an der die Innenminister der Länder teilnehmen. Zur der thüringische Innenminister Dr. Fritsch wird dieser Tagung, in der man sich hauptsächlich mit ihm und den thüringischen Polizeiführern beschäftigen wird, fernbleiben. Statt seiner kommt der thüringische Staatsminister Baum nach Berlin.

Fritsch sitzt sich darauf, daß nicht er, sondern der Ministerpräsident eingeladen werden ließe. Tatsächlich ist die Einladung des Reichsausschussministers Dr. Brüch an die Ministerpräsidenten abgelehnt, doch ist dieser Einladung eine Kopie für die Innenminister.

Ans den meisten Ländern erweisen die Innenminister als Vertreter der Regierungen. Auch das preussische Staatsministerium wird durch den Innenminister, Prof. Dr. Wähnt, vertreten sein.

## Indiens Weg zur Katastrophe

Drei Möglichkeiten der Engländer  
Von  
Colin Ross

Die Geschichte aller Revolutionen lehrt immer wieder, daß die Beschädigung halber Freiheiten der unermesslich bösen zum Sturz der Herrschaft ist. Befreiungsmittel. Eine Volkserweckung, die nicht die Konsequenzen aus ihren Taten zu ziehen braucht, wird sich und das Land häufig stärker radikalisieren. Dies aber ist genau die heutige Situation in Indien. Es gibt hier ein Parlament und eine Presse, die völlig unverantwortlich sind. Beide sind ausschließlich auf das eine Ziel abgestellt: alles ist möglich, was die Engländer tun, alles wird gut, sobald wir, d. h. die Nationalisten, Indien regieren. Dies erzeugt auf die Dauer eine Atmosphäre, die sich selbst die energiegelassen englischen Elemente nicht entziehen können. Und wie diese Propaganda auf die Masse wirkt, der es herzlich schief geht, und der jede politische Erfassung fehlt, hat sich ja jetzt gezeigt.

Was man diese Entwicklung einmal klar erkannt, so ergeben sich Lösungsversuche nur zwei Möglichkeiten: entweder England sofort ganz freizugeben oder zu den autoritären Regierungsmethoden der Vorkriegszeit zurückzukehren.

Ich muß gestehen, daß es mir wenig Freude macht, diese Schlussfolgerungen zu ziehen. Einmal bin ich ein überzeugter Demokrat und Republikaner, und es ist höchst unerfreulich zu sehen, wie wenig sich Demokratie und Republik bisher in Indien bewähren. Und zum andern werden nicht meine Überlegungen in den Vordergrund bringen, im englischen Interesse oder gar Staunen zu schreiben.

In sich ist dieser Vorbehalt zwar groß. Doch im Jahre 1924 haben mir die Engländer die Einfreise nach Vorderindien verweigert. Noch in diesem Jahre hat man mir in Singapur keine fotografischen Aufnahmen gestattet, und zwar wegen meines „Interesses für Arbeiterfragen“. Und wenn man mir in Vorderindien diesmal auch keine Schmeicheleien machen und ich anerkennen muß, daß man mit sehr großer Geschicklichkeit mit mein eigenes Urteil zu bilden, so bin ich doch der englisch-indischen Verwaltung für fehlerhaft freundlichlich verpflichtet. Aber die indischen Nationalisten sind nun einmal außerordentlich empfindlich und mit dem Vorwurf der englischen Propaganda reich bei der Hand.

Allen es handelt sich bei diesen wie bei all meinen früheren Berichten wieder um einen englisch-indischen noch um einen englisch-indischen Standpunkt, ebenso wenig wie ein kapitalistischer oder sozialistischer, sondern um den Versuch einer völlig objektiven, unbeeinträchtigten Beurteilung durch einen der wenigen, noch reflexions unabhängigen, daher fehlerfrei: Möglichkeiten gebenden Männer, die es in unserer Zeit der wachsenden Weltabhängigkeit heute noch gibt. Ich möchte übrigens bei dieser Gelegenheit einmal ein Wort des Dantes an den Wilhelm Engelstein richten, der mir diese Unabhängigkeit gestattet, indem er meine umfangreiche Reiseberichte ermöglicht, ohne mir in Reichweite aller Bedenken vorzuschreiben, noch viel weniger auch zu versuchen, Einfluß auf die Ergebnisse meiner Reisebeobachtungen zu nehmen, auch wenn diese sich mit der politischen Einstellung des Verlegers und seiner Inhaber nicht bedien.

Wenn ich also aus meinen Einbrüden in Indien folgere, daß der einzige Weg, Indien für England zu retten, die Rückkehr zum autoritären und autoritären Regime erscheint, so will ich damit nicht sagen, daß ich dieses wünsche oder beglücke. Meine persönlichen Sympathien oder Antipathien spielen dabei völlig aus. Dagegen stehe ich allerdings auf dem Standpunkt, daß in dielekt nicht allein zur ferneren Zukunft eine Situation eintreten kann, wo wir welche unsere Beziehungen zu den farbigen nicht lediglich zum Schaden der farbigen, sondern auch zum Schaden der farbigen gegenüber werden regeln können, sondern von dem bräutlichen Markt aus werden regeln möglich, nicht um die Vorhersehbarkeit der weißen Rasse zu erhalten, sondern aus Selbsthaltungstheorien.

Trotzdem wir Weißer sind in der ganzen Welt mit dem Odium der Herrenminderheiten und Unterdrückter belastet sind und uns vor allem selbst damit belasten, ist die weiße Rasse nicht über die farbigen für selbst Verantwortung der einen nicht-rassistischen Herrschaft, die um ihrer — dielekt idealen — Ziele willen Laufende und Sehtunelnde hinsetzt, kann und die heute nur in dem halbglücklichen Ausland und in dem ganz

## Deutschlands Antwort an Polen

### Gemeinsame Nachprüfung des Grenzzwischenfalls

Der Berliner polnische Gesandte bei der Reichsregierung hat über die Grenzzwischenfall bei Reuthen eine Protestnote überreicht. Die deutsche Regierung gibt darüber folgendes Communiqué bekannt:

„Der polnische Gesandte hat beim Auswärtigen Amt wegen der Vorfälle, die sich anlässlich des Grenzzwischenfalls bei Reuthen abgepielt haben, Vorstellungen erhoben. Er hat den Zeitungen entsprechend dem polnischen Communiqué vom 26. Mai veröffentlicht, wonach es sich um einen Vorgriff deutscher Grenzposten gehandelt hätte. Ein Austritt seiner Regierung hat er gegen die Vorgriffe protestiert und gleichzeitig die Einsetzung einer deutsch-polnischen Kommission angesetzt, die durch gemeinsame Feststellungen an Ort und Stelle den Sachverhalt aufklären soll.“

Dem polnischen Gesandten ist erwidert worden, daß sein Protest zurückgewiesen werden müsse. Der polnische Schritt ist schon in sich widersprüchlich, da er einerseits die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Aufklärung des Zwischenfalls entgegenüberreichte aber ein für Polen günstiges Ergebnis der Feststellungen der Kommission dadurch bereits vorwegnimmt, daß gegen ein angebliches Verstoßen deutscher Beamter protestiert werde. Außerdem handle es sich aber nach den bisherigen Ergebnissen von den zuständigen deutschen Stellen eingeleiteten Untersuchungen nicht um einen Vorgriff deutscher Beamter, sondern um eine polnische Grenzverletzung und um Grenzverhandlungen, die von polnischen Beamten auf deutschem Territorium begangen worden seien.

Im übrigen habe es die deutsche Regierung auch noch nicht auf sich angebracht, den Sachverhalt durch eine gemeinsame Nachprüfung aufzuklären und die Aufgabe einer gemeinsamen deutsch-polnischen Kommission zu übertragen. Der deutsche Gesandte in Warschau ist beauftragt worden, den deutschen Standpunkt in vorliegendem Sinne bei der polnischen Regierung zur Geltung zu bringen.“

## Neue Steuern statt Anleihe

### Kabinett über Defizit-Deckungen

Das Reichskabinett hat gestern die Frage erörtert, wie das neue Defizit im Etat gedeckt werden könnte, da sich aber noch für keinen der Vorschläge entschieden, die gemacht wurden. Fest steht lediglich, daß die fehlende Summe durch vermehrte Einnahmen, nicht durch Anleihen aufgebracht werden soll.

Die Ausarbeitung der Vorschläge in dieser Richtung ist dem Reichsarbeitminister und dem Reichswirtschaftsminister überlassen worden, da es sich um Feinabwägung handelt, die durch die Arbeitslosenversicherung und durch Mittelverträge an Steuern enthalten sind. Man denkt an Abstriche im Haushaltsplan zwischen der zweiten und dritten Lesung. Aber die Abstriche werden wahrscheinlich nur etwa 50 Millionen ausmachen, bei einem Defizit von 737 Millionen.

Ein erheblicher Betrag soll durch die Reform der Arbeitslosenversicherung, durch die einkommensabhängige Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sowie durch Steuererhöhungen aufgebracht werden. Es hat sich ergeben, daß außer einer Umsatzsteuer

um 1/2 v. H. der Einführung eines Notopfers der Festfesteleten in Höhe von 1 v. H. des Gehaltes, der Steuererhöhung der Einnahmen aus der Abgabensteuer neue Einnahmequellen nicht vorhanden sind. Es kommt nur noch eine Veräußerung von Vermögenswerten der Reichs- und Staatskassen in Höhe von 100 bis 150 Millionen Markt in Betracht.

Das Ausgabenbeschränkung-Gesetz, das neben Vorschlägen für die Erhaltung der Gemeindefinanzen eine Erhöhung der Dienstleistungen, Urlaubserstattungen usw. bringen soll, wird sich erst im nächsten Haushaltsjahr auswirken.

Die zur parlamentarischen Durchsetzung des neuen Steuerprogramms erforderliche Beschneidung mit den Führern der Regierungsparteien soll stattfinden, wenn das Kabinett selbst über die Deckungsmaßnahmen einig geworden ist. Einzelne Regierungsparteien halten es nicht für notwendig, daß sofort eine Abstriche des Gesamtsatzes vorgenommen werden muß, und ist der Auffassung, daß zunächst abgemerkt werden kann, ob nicht eine Befreiung der allgemeinen Konjunktur zur Besserung des Defizits führen wird.